



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1922

394 (29.8.1922) Mittag-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-205169](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-205169)

Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten

Verlagspreis: In Mannheim und Umgebung monatlich 1,50 M. ...

Einzelheftpreis: Die kleine Zeit. 10. — ausw. 12. —

Beilagen: Der Sport o. Sonntag. Aus der Welt der Technik. Gesetz. Recht. Mannh. Frauen-Zeitung. Mannh. Musik-Zeitung. Bildung u. Unterhaltung. Feld u. Garten. Wandern u. Reisen.

Rückblick auf Hamburgs Uebersee-Woche.

(Von unserem Sonderberichterstatter.) p. Hamburg, 28. August. Hamburgs Ueberseewoche und Weltwirtschaftskongress sind zu Ende. Es waren Tage fruchtigen wirtschaftlichen Puls-

Haupttage der Ueberseewoche war der Eröffnungstag. Im Uebrigen wurde das Thema „Weltwirtschaft“ und die Forderung nach einer neuen Gestaltung der Wirtschaft der verlebten Nachkriegs- und Friedenszeit in ausgiebiger Weise von allen Vortragenden zum Ausdruck gebracht und diskutiert.

Ob das Ausland und namentlich jene, die es anging, und mit nach Hamburg hingehört haben? Diese Frage aufzuheben, welche praktischen Ergebnisse der Kongress gebracht hat, ob er überhaupt positive Früchte gezeitigt hat, ist in mancher Hinsicht wohl angebracht.

Die Kriegsbeschuldigten-Prozesse.

Note der Botschafterkonferenz.

Unsachliche Kritik an dem Leipziger Verfahren.

28. Berlin, 28. August.

Der deutschen Botschaft in Paris ist in der Kriegsbeschuldigtenfrage nachstehende Note der Botschafterkonferenz zugegangen:

Herr Botschafter! Mit Schreiben vom 14. Februar 1920 haben die alliierten und assoziierten Regierungen bestätigt, daß die deutsche Regierung sich außerstande erklärt hat, ihre Verpflichtungen aus den Art. 228 bis 230 des Vertrages von Versailles zu erfüllen, diejenigen Deutschen auszuliefern, deren Liste ihr am 3. Februar 1920 mitgeteilt worden war.

Die alliierten Regierungen haben, wie es in dem Schreiben vom 7. Mai angeführt war, die Rechtshilfesuchen, die in den auf ihren Antrag ausgenommenen Fällen von der deutschen Justizbehörde zugegangen sind, ordnungsmäßig ausführen lassen.

Was die Art und Weise der Verfahren vor dem Leipziger Gerichtshof anbelangt, so geht die einstimmige Ansicht der alliierten Regierungen dahin, daß, abgesehen von einer kleinen Zahl von Fällen, der Gerichtshof insofern verjagt hat, als keine genügenden Anstrengungen zur Ermittlung der Wahrheit gemacht worden sind.

Was die von dem Leipziger Gerichtshof gefällten Urteile anbelangt, so geht die einstimmige Ansicht der alliierten Regierungen dahin, daß der Gerichtshof in fast allen Fällen insofern verjagt hat, als gewisse Angeklagte freigesprochen worden sind, wiewohl sie hätten verurteilt werden müssen, und daß selbst in den Fällen, in denen die Angeklagten für schuldig erkannt worden sind, die verhängten Strafen unzureichend waren.

Die alliierten Regierungen müssen außerdem zu ihrem Bedauern feststellen, daß der Reichsanwalt in den öffentlichen Erklärungen, die er am 26. Januar 1922 im Reichstag abgegeben hat, in dieser Frage dieselbe ablehnende Haltung eingenommen hat wie sein Vorgänger.

Unter diesen Umständen sind die alliierten Regierungen angelegentlich der Strafoverfahren und der Urteile der Meinung, daß die deutsche Regierung ihre Zusage, sachliche und loyale Justiz zu üben, nicht gehalten hat; sie erklären, von jetzt ab die deutsche Strafverfolgung der vor dem Leipziger Gerichtshof bisher nicht erschienenen Beschuldigten völlig außer Betracht zu lassen.

Genehmigen Sie usw. gez. Poincaré.

Die Botschafterkonferenz hat sich in dieser Note, die übrigens von der Gesamtheit der alliierten Hauptmächte ausgeht, in der Bewertung der Verfahren und Urteile des Reichsgerichts in den bisher zur Verhandlung gekommenen Kriegsbeschuldigtenfällen einstimmig auf den Boden des Gutachtens gestellt, das der vom Obersten Rat zur Prüfung der Angelegenheit eingesetzte Ausschuss seinerzeit erstattet hat.

Gegenüber der Kritik an der Höhe der Strafen sei festzustellen, daß die Fälle notwendigerweise nach deutschem Recht abgeurteilt worden seien und die erkannten Strafen dem deutschen Gesetz entsprechen hätten.

Ueber die weitere Behandlung der Angelegenheit durch die deutsche Regierung sind wir mir hören, die zuständigen Stellen bereits in Beratungen eingetreten, an denen auch der Oberreichsanwalt beteiligt sein wird.

Neues zu unternehmen. Es fehlt noch die Geschlossenheit, vor allem die Lückenlosigkeit der Beteiligung der Wirtschaftsfaktoren sowohl aus dem Inlande wie namentlich auch aus dem Auslande.

Man beabsichtigt in Hamburg, den Kongress alljährlich zu wiederholen. Dies erscheint uns ein zu unterliegendes Gebot. In längerer Vorarbeit wird man das zweitemal schon die Beachtung gemäßigter und einschränkender Autoritäten heranziehen, nicht erst nach dem Gedanken der Ausprägung und der programmatischen Festlegung von Urteilen über die einzelnen und gefolten Fragen näher treten können.

Entspannung in der Reparationsfrage?

□ Berlin, 29. August. (Von unserm Berliner Büro.)

Den hiesigen Blättern wird verschiedentlich aus Paris gemeldet, daß dort, wie in Ententekreisen überhaupt, eine gewisse Entspannung der Lage eingetreten sei. Der „Antirassigant“, der freilich nicht immer sehr ernsthaft zu nehmen ist, behauptet sogar, es sei mit Neuzugewinn Wahrscheinlichkeit damit zu rechnen, daß Deutschland das Moratorium erhalten werde.

Paris, 28. Aug. Wie der „Temps“ mitteilt, sind die Mitglieder der Reparationskommission heute nachmittag zur Besprechung ihrer offiziellen Besprechungen zusammengetreten, um eine Lösung zu suchen, die es ermöglichen würde, zu einer Einigung über die an Deutschland zu erteilende Antwort zu kommen.

Bradbury als Friedensstifter.

London, 28. Aug. Der Beschluß der Reparationskommission, die Entscheidung in der Frage der Gewährung eines Moratoriums bis zum Mittwoch zu verschleppen und Vertreter der deutschen Regierung anzuhören, findet ebenso wie der Appell des General Cox an die Vereinigten Staaten, in der Presse große Beachtung.

Der Pariser Korrespondent der „Times“ schreibt zu dem Beschluß der Reparationskommission: Bradbury sei der letzte gewesen, der mit diesem Verfahren einverstanden gewesen sei, da noch seiner Ansicht jede Verschleppung gefährlich sei. Da aber seine Hoffnung bestanden habe, daß bezüglich der von ihm vorgeschlagenen Gewährung eines bedingungslosen Moratoriums für Deutschland bis Ende dieses Jahres ein unmittelbares Einverständnis zustande kommen würde, habe Bradbury es zweifellos für besser gehalten, diese Hoffnung auf eine Verführung der Anfänger zu ergreifen.

politischer, wirtschaftlicher und sozialer Unruhen, mit anderen Worten auf die Gefahr einer Revolution und Gegenrevolution hingewiesen. Dagegen die augenblickliche deutsche Regierung hilflos zu sein scheint inmitten überwältigender Ereignisse, sei es für unmöglich erachtet worden, nicht die persönliche Freiheit und den Wunsch nach einem Entgegenkommen gegenüber den Alliierten von Seiten der Mitglieder der deutschen Regierung anzuerkennen. Ihre Furcht bezüglich der Wirkung, die eine Aufgabe der souveränen Rechte Deutschlands haben würde, sei deutlich zu Tage getreten. Die französischen Vorschläge einer Alliierten-Kontrolle der deutschen Staatsbergwerke und Wälder sei für unmöglich erachtet worden. Unter diesen Umständen sei Brudenburg gezwungen gewesen, als Friedensstifter aufzutreten. Mit Takt und Ausdauer, sowie mit gutem Willen auf allen Seiten, sei die Debatte auf ein anderes Geleise gezogen worden. Nach Ansicht des „Times“-Berichterstatters ist ein Memorandum für Deutschland für Barzahlungen, ob es die Alliierten bemilligen oder nicht, bereits eine vollzogene Tatsache, denn auf Barzahlungen von Seiten Deutschlands bestände nicht die geringste Aussicht.

Kabinettsberatung.

Berlin, 29. Aug. (Von unserem Berliner Büro.)

Nachdem gestern um 5 Uhr das Kabinett zu einer Beratung zusammengetreten war, ist um 6 Uhr unter dem Vorsitz des Reichskanzlers die Besprechung mit den Ministerpräsidenten der Länder erfolgt. Es wurde zunächst die außenpolitische Lage eingehend erörtert. Sodann hat man sich der Beratung der inneren Lage zugewandt. Es haben, wie wir hören, u. a. die Minister Schmidt, Fehr und Brauns die Anschauungen der Reichsregierung vorgebracht, worauf man in eine Beratung der bekannten Gesetzentwürfe zur Steuerung der wirtschaftlichen Lage überging. Die Ministerpräsidenten der Länder nahmen ihrerseits Gelegenheit, die Wünsche ihrer Regierungen vorzutragen. Insbesondere betonte sich der bayerische Ministerpräsident Graf Berchthold hervorragend an dieser Debatte. Die Aussprache hat indessen noch nicht zu einem endgültigen Ergebnis geführt; sie wird heute fortgesetzt werden, allerdings ohne den Grafen Berchthold, den dringende Geschäfte nach der Heimat zurückrufen. Am Donnerstag werden die Parteiführer mit dem Reichskanzler konferieren. Zum Montag hat Reichsernährungsminister Fehr die Ernährungsminister der Länder zu einer Konferenz nach Hamburg gebeten.

Von anderer Seite werden über die jetzige Konferenz der Ministerpräsidenten noch folgende Einzelheiten gemeldet: An der Erörterung haben sich neben dem bayerischen Ministerpräsidenten Graf Berchthold auch der preussische Minister Brauns für Steuern und Wälder für Soziales beteiligt. Wiederholt wurde die Schwierigkeit betont, die zu scharfen Maßnahmen gegen die Teuerung entgegenstünden. Vor allem wurde gegen eine Wiedereinführung der Zwangswirtschaft (nebenbei eine Ungeheuerlichkeit nach allen Erfahrungen, die wir gemacht haben) lebhaft Bedenken erhoben. Bayern wird in der heutigen Sitzung nur durch seinen Innenminister vertreten sein. Uebrigens glaubt der „Volksanzeiger“ feststellen zu können, daß die christlichen Gewerkschaften sich diesen Bedenken gegen die Wiedereinführung der Zwangswirtschaft anschließen. Die freien Gewerkschaften haben sofort nach der Besprechung mit dem Reichskanzler den Vorstand der Amsterdamer Internationale gebeten, durch eine internationale Aktion der Arbeiterparteien sämtlicher Länder der deutschen Arbeiterchaft zu Hilfe zu kommen, — was natürlich eine Utopie ist und bleiben wird.

Von der für Donnerstag abend anberaumten Besprechung der Parteiführer hofft man in den Kreisen der Reichsregierung, daß sie eine Einberufung des Reichstags und auch des kaiserlichen Ausschusses unnötig machen wird und bis dahin glaubt die Regierung auf eine Klärung der außenpolitischen Lage rechnen zu können. Zur Zeit finden innerhalb der beteiligten Ressorts eingehende Beratungen über den von der Regierung vorgelegten Plan der Lieferungsverträge statt.

Staatssekretär Schröder geht nach Paris.

Paris, 28. Aug. In der heutigen Chefbesprechung in der Reichskanzlei wurde beschlossen, der Reparationskommission die Bereitwilligkeit der deutschen Regierung mitzuteilen, ihren Standpunkt in der Reparationsfrage am Mittwoch durch ihren Vertreter darlegen zu lassen. Als Vertreter der Reichsregierung wird Staatssekretär Dr. Schröder nach Paris gehen. Er wird verschiedene Referenten als Sachverständige beigegeben erhalten.

Präsidentkandidat Cox über die europäische Krise.

Wien, 28. Aug. Gouverneur Cox' Besichtigung über die europäische Krise hat sehr starken Eindruck hervorgerufen, umso mehr, als Cox bisher Anhänger der „Splendid Isolation“ war. Sein Einfluß ist besonders groß im mittleren Westen, dem Zentrum der öffentlichen Meinung Amerikas. Sowohl in der republikanischen wie in der demokratischen Presse wird hervorgehoben, daß Harding und Cox sich zu einer partiellen internationalen Politik zusammenfinden und Hoover als ihren Agenten nach Europa entsenden sollen, um eine gemeinsame parteilose Mitarbeit Amerikas an dem internationalen Wirtschaftsproblem in die Wege zu leiten. Ein sofortiger Schritt Hardings wird aber nicht erwartet, da eine Entscheidung erst nach der Rückkehr des Staatssekretärs Hughes erfolgen kann, der nach Brasilien abgereist ist, um an der Unabhängigkeitstfeier als Vertreter der Vereinigten Staaten teilzunehmen.

London, 28. Aug. Der parlamentarische Mitarbeiter der „Daily News“ hatte eine längere Unterredung mit Cox, in der dieser weitere Mitteilungen über seinen Plan machte. Cox ist überzeugt, daß Hoover als Mitglied der Reparationskommission das Reparationsproblem zu einer endgültigen Lösung führen könne. Aus seiner Unterredung mit europäischen Staatsmännern habe er den unbedingten Eindruck erhalten, daß der Abgrund, der zwischen den französischen Forderungen und der deutschen Zahlungsfähigkeit besteht, sich werde überbrücken lassen. Der gegenwärtige Deadlock-Bestand erfordert zu seiner Lösung eine autoritative und unparteiliche Persönlichkeit und aus dieser Erwägung heraus habe er sich entschlossen, für die Beteiligung Amerikas zu kämpfen. Cox erklärte ferner, daß er den Präsidenten Covert und den Reichskanzler Bircht schärfen gelernt habe. Er sei überzeugt, daß sich die gegenwärtige Regierung trotz aller Schwierigkeiten behaupten werde. Besonders habe ihn das große Vertrauen überrascht, das sich Präsident Covert allmählich in der Bergindustrie erworben habe. Zum Schluß machte Cox darauf aufmerksam, daß seine Besichtigung schon vor der Unterredung mit Lord George verfaßt worden sei und daß also der englischen Regierung keinerlei Einfluß in den Beziehungen zuzuführen sei.

Der Weltwirtschaftskongress in Leipzig.

Der Weg zu gesunden Währungsverhältnissen.

W.B. Leipzig, 28. August.

Die Beratungen über die weltwirtschaftlichen Fragen der Gegenwart, die vom Reichamt in Gemeinschaft mit dem Reichsverband der deutschen Presse veranstaltet werden, sind heute vormittag unter starker Teilnahme von dem zum Vorsitzenden gewählten Geheimrat Professor Vohl von der Universität Leipzig eröffnet worden. Von der Presseabteilung der Reichsregierung nahmen Legationsrat Jochim und Regierungsrat Drechsler teil. Anwesend waren ferner die Presseattachés der Berliner Gesandtschaften, Dänemarks, Schwedens und Finlands.

Der Vorsitzende betonte den besonderen Charakter der Beratungen. Es handle sich im allgemeinen darum, die jetzt erkannte Wahrheit nunmehr in der öffentlichen Meinung durchzuführen, indem man sie immer und immer wieder sage, um so schließlich den Bann der Besorgnisse zu durchbrechen und die Probleme in ihrer weltwirtschaftlichen Bedeutung erfasse sowie die politische Seite gründlich dabei auswalte. Es gelte, die bestehenden Gegensätze nicht zu verschärfen, sondern auszugleichen.

Sodann begannen die Beratungen über

die Herstellung gesunder Währungsverhältnisse.

Als erster Referent sprach Gustav Cassel, Stockholm, von lebhaftem Beifall begrüßt, über das Thema: „Der Weg zu gesunden Währungsverhältnissen“. Er führte folgendes aus:

Wer den Weg zu gesunden Währungsverhältnissen erkennen will, muß erst Klarheit über den Prozeß gewinnen, der zur Zerrüttung auf dem Gebiete der Valuten führt. Worin besteht diese Verschlechterung? Darin, daß durch die willkürliche Schaffung neuen Geldes die neue Kaufkraft künstlich geschaffen wurde. Unter normalen Verhältnissen sieht jeder neu geschaffene Kaufkraft eine dem Werte nach entsprechende Menge von Produkten oder produktiven Diensten gegenüber. Dieses Gleichgewicht wird aber dann zerstört, sobald einfach durch Notendruck oder noch einfacher durch die Fabrikation von Bankguthaben Kaufkraft geschaffen wird, ohne eine gleichzeitige Vermehrung dessen, was gekauft werden kann. Diese Vermehrung oder Inflation des Geldes bedeutet tatsächlich eine qualitative Verschlechterung der Währung. Wir wissen, daß die Währungsverschlechterung die Folge einer künstlichen Schaffung neuer Kaufkraft ist. Wodurch wir aber diese hervorgerufen? Drei verschiedene Ursachen können wir hier unterscheiden. Zuerst kam der Krieg, dann die Revolution und zuletzt die Kriegsschadigungspolitik der Alliierten. Inwiefern die wirtschaftlichen Erschütterungen von Krieg und Revolution auch die Valuta ungünstig beeinflussten, bedarf kaum einer näheren Ausführung. Heute interessiert vor allem der verkehrliche

Einfluß der von den Alliierten betriebenen Kriegsschadigungspolitik.

Die Entschädigungsansprüche werden festgesetzt ohne die geringste Rücksicht auf die Möglichkeit einer Zahlung. Da auch noch die Kosten der Besetzung sowie die Entschädigungsummen für das beschlagnahmte deutsche Auslandseigentum hinzukommen, so bildet der Reichsregierung kein anderer Weg übrig, als die fortgesetzte, immer weiter ausgedehnte Ausnutzung der Rentenpresse. Diese Finanzierungsmaßnahme bedeutet die vollkommene Barzahlung der deutschen Konsumenten um einen merklichen Teil ihres Einkommens, wodurch die allgemeine Lebenshaltung in Deutschland bedenklich herabgedrückt wird. Der Verlust der Alliierten liegt in nicht geringem Maße die primitive Auffassung zugrunde, daß ein Teil des ziffernmäßig geschätzten deutschen Volkvermögens künftig gemacht und als Entschädigung ausgezahlt werden kann. Jeder solche Versuch muß aber unvermeidlich zur Inflation führen.

Die Wirkung der allgemeinen Inflation auf die internationalen Währungsverhältnisse bedarf nur einer kurzen Andeutung. Die Ungleichmäßigkeit der Verschlechterung der einzelnen Valuten hat eine starke Verschiebung der internationalen Wechselkurse zur Folge. Der internationale Wert einer Valuta wird im wesentlichen von ihrer inneren Kaufkraft bestimmt. Dazu sind gewisse Valuten international unterbewertet. Darunter hat namentlich Deutschland zu leiden. Die deutsche Mark würde nicht derart unterbewertet sein, wenn der ausländische Marktwert für seine Mark beliebige Waren in Deutschland zu Inlandspreisen kaufen könnte. Dies wird aber von Deutschland nicht gestattet. Es ist klar, daß Deutschland überhaupt nicht anders handeln kann. Die ausländischen Marktguthaben sind größer, als daß sie von Deutschland auf Sicht in Waren eingelöst werden könnten. Die Unterbewertung der deutschen Mark im Auslande ist daher nicht verwunderlich. Die Rentenpresse, die dahinter immer wieder Rückschlüsse der deutschen Finanzpolitik sucht, ist viel besser daran, erst einmal die tieferen Ursachen der Unterbewertung der Mark zu studieren, wobei hauptsächlich die Zerrüttungspolitik gegenüber Deutschland und die Abwehrungsmaßnahmen gegen die Zufuhr deutscher Waren, andererseits die dem deutschen Markte aufzunehmende Einbuße von nicht mehrwertvollen Waren zu nennen sind. Neben der Inflation ist für die internationalen Währungsverhältnisse auch die Verminderung der Kaufkraft des Geldes von Wichtigkeit.

Wie kann nun heutzutage die Welt wieder zu gesunden Währungsverhältnissen gelangen?

Die erste Bedingung dafür ist das Aufhören jeder weiteren Inflation. Die Regierungen dürften nicht länger neue Kaufkraft mit Hilfe der Rentenpresse oder auch dadurch schaffen, daß sie Bankguthaben lediglich durch Lombardierung von Regierungsschuldverschreibungen erlangen. Ebenso muß die private Kreditgewährung durch hohe Zinsätze eingeschränkt werden, so daß der Bankkredit nur gemäß den wirklichen Ersparnissen der Volkswirtschaft gemäht wird. Der erste Anspruch an drausbares Geld ist heute die Stabilität. Bei einer Senkung der deutschen Finanzen bedarf es keineswegs eines neuen Währungssystems. Vielmehr kann man sehr wohl die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands auf der Beibehaltung der Markvaluta aufbauen, wenn diese erst einmal wieder stabil anordnet, sei es auch auf der gegenwärtigen inneren Kaufkraft der Mark. Eine wirkliche Gesundung der wirtschaftlichen Verhältnisse ist unmöglich, solange sich die politischen Zustände nicht bessern. Nur ein wirklicher wahrer Friedenszustand kann die Weltwirtschaft vor der fortwährenden Zerrüttung retten, vor allem muß im internationalen Handel die Handelsfreiheit und die Stabilität der Handelsbeziehungen wieder hergestellt werden. Ohne Zweifel wird künftig das Gold wiederum die allgemeine Währungsgrundlage sein. Um den Wert des Geldes zu stabilisieren, bedarf es einer genau

Regelung der internationalen Verpfändung.

Es gilt für die Darlehensländer, nicht nur auf ihrem Forderungsrecht zu bestehen, sondern sich mehr und mehr klar zu machen, wie dem Schuldner die Zahlung selbst tatsächlich ermöglicht werden kann. Der Stabilisierung der Valuta selbst wird die Wiederherstellung einer neuen Goldparität an Stelle der alten folgen, die auf dem Wertverhältnis der neuen stabilisierten Papierwährungen sich aufbauen wird. Mit am schwersten dabei hat es Deutschland. Das deutsche Valutaproblem nimmt eine zentrale Stellung in den internationalen Valutaproblemen ein. Die Inflation in Deutschland kann nicht durch eine Vermehrung des Steuerdrucks um Stillstand kommen; denn diese erschwert schon jetzt jegliche volkswirtschaftliche

Rapitalbildung. Auch nicht durch eine Zwangsanzahlung, deren umgehende Einzahlung ebenfalls zur Vermehrung der Valuten beitragen würde, sondern nur durch eine gründliche

Revision der deutschen Zahlungsvorgänge. An dieser Aufgabe kann keine Finanzkontrolle und kein aufgezwungener Steuerdruck etwas ändern. Die Zeichen des letzten finanziellen Zusammenbruchs haben sich von Jahr zu Jahr gemehrt. Alles deutet darauf hin, daß das Ende nahe ist, im besten der letzte gemollte Sturz der Mark. In die Stelle der alten, bruchstückhaften Deutschland muß eine Politik des politischen Wiederaufbaus Europas treten. Wir müssen uns wirklichen Tritten fassen. Schiebt dies nicht, dann blickt uns nur das Chaos.

Prof. Dr. Schumacher-Berlin

ergänzte die Ausführungen Cassels über die Stellung Deutschlands in der Weltwirtschaft.

Der mit der Arbeits- und Kapitalkraft im Kriege verlorenen Raubhaus, so führte der Redner aus, kehrt noch immer im Weltkapitalmarkt der Weltwirtschaft und erstere nicht nur unmittelfach das Kapital, sondern auch die Fähigkeit, Kapital neu zu bilden. Je später der Gesundungsprozeß des Wirtschaftens beginnt, um so härter wird es Europa dann sein allein nicht zu tun, da dem großen europäischen Kapitalmarkt der Zahlungsunfähigkeit ein gemaltiges Kräftemessen gegenübersteht. Dabei wird sich Amerika der europäischen Angelegenheiten auf die Dauer nicht entziehen können. Die Voraussetzung dafür hält man aber erst dann für gegeben, wenn Frankreich die schwere Last zwischen seinem politisch-militärischen und dem wirtschaftlich-finanziellen Ziel getroffen hat, auf dem einen Punkte sein die tüge

amerikanische Politik der Zurückhaltung

ein. Es fragt sich aber nur, wie lange das schwer erkrankte Weltkapital des Abwartens aushalten kann; denn es befindet sich jetzt im Stande der galoppierenden Tätigkeit ist nicht möglich. Wiederaufbau der weltwirtschaftlichen Tätigkeit ist nicht möglich ohne Kapitalbildung im Auslande, und die sogenannte Kapitalflucht bedeutet vielmehr nichts anderes, als ein Ausweichen auf eine Kapitalflucht handelt, ist sie zum Teil die Folge einer gerechten Verwaltungsverfahren und der formalen Rechtspflege, Geldwert und Papierwert gleichbleibend. Der einzige Unterschied zwischen unserer Zahlungsunfähigkeit noch besteht in dem Verkehr von Ausländern, der aber, so weit es sich um eine Valutarückende handelt, eine sehr bedenkliche Erscheinung ist. Sodann ist vielleicht im wesentlichen für uns in Deutschland die Handelsbilanz mit der Zahlungsbilanz zusammengefallen. Unsere Ausfuhrkraft wurde mit allen Mitteln künstlich verringert. Aus unseren Beständen vor dem Kriege erwächst immer noch eine gemollte

Überprüfung der deutschen Leistungsfähigkeit.

Die durch den kräftigen Optimismus von deutscher Seite abgegebene Resultat der Diskussion mit ihren großen Jähren noch verstanden, während sich hinter der Inflation die Berührung eines großen Volkes vollzieht. Allein durch die Bedarfsabdeckung haben wir eine Flut von Verlusten, die dreieinhalbmal so groß als die französische Reparationsforderung ist. Die Ratendebatte, auf dem verringerten Gebiet eine dringende Bevölkerung zu erhalten, bedeutet für die Handelsbilanz infolge der Lebensmittelmangel eine außerordentliche Steigerung der Inflation. In Bezug auf die Eisen- und Stahlindustrie sowie den Kohlenbau sind wir aus einem Ausfuhrland zu einem Einfuhrland geworden.

Aber auch dieses Zerrüttungsverbot an der deutschen Wirtschaft hätte sich vielleicht noch auswirken lassen, wenn wir unsere Wirtschaft erlösen könnten, um den Organismus des deutschen Volkstörpers wieder aufzubauen. Die Verpflichtung zu möglichen Reparationszahlungen läßt es aber ausgeschlossen erscheinen, daß eine Gesundung anders als mit Hilfe der Hilfe erfolgen könnte. Das wurde glücklicherweise durch Genus erkannt und ausgeprochen. Die Stabilisierung der Reparationsverpflichtungen im Rahmen des Möglichen unter Berücksichtigung des Kredites ist das einzige Mittel, die Stabilität des Marktwertes zu erreichen, wonach heute die Welt lauter schreit als es je der Fall war.

Deutscher Katholikentag in München.

(2. Tag)

München, 28. August. Zum Schluß der Tagung der Katholikentag hielt Kardinal Faulhaber eine Ansprache, in der er u. a. sagte:

Die Denkschrift der Bischöfe vom November 1920 soll auch für die Zukunft bleiben. Wir können eine absolute Stabilität des Staates nicht anerkennen. Wenn der Paragraf der Verfassung über die Betätigung der Bischöfe nicht abgeändert werden kann, so ist die deutsche Kirche keine Kirche, so dann dieser Paragraf abgeändert werden kann? Und wenn diese Stelle nicht da ist, ist die deutsche Kirche keine Kirche, so dann durch einen Volksentscheid die deutsche Verfassung geben könnte? Wir haben im Hintergrunde die freie Schule nach holländischem Muster. Holland hat die katholische Zusammenkunft wie Deutschland und was bei der holländischen Kampfs erlöst wurde, mich auch in Deutschland möglich werden. Die Schulfrage ist die Schicksalsfrage der deutschen Einheit und der gegenwärtigen Stunde.

Einmütig angenommen wurde eine Entschließung, der jeder Versuch, die Elternrechte einzuschränken, mit Entschiedenheit zurückgewiesen wird. Die alleinige und absolute Schulpflicht des Staates wird nicht anerkannt. Die freie Entwicklungsmöglichkeit für die Elternrechte wird die katholischen Eltern werden aufgefordert, sich in Elternvereinigungen der katholischen Schulorganisationen zusammenzuschließen.

An der zweiten Schlußverlesung am Montag sprach heimrat Fersch über die römische Frage. Er forderte die Bischöfe des Papstes nicht nur aus religiösen, sondern auch aus politischen Gründen. In einer Resolution wurde dem Papste das Fernhalten des Papstes und unerwünschten Festhalten an apostolischer Stille zum Ausdruck gebracht, das Bedauern ausgeprochen, daß die römische Frage noch immer nicht in befriedigender Weise sei und aufgefordert zur Fortsetzung der Sammlung des Papstentwurfs trug eigener großer Not. In den Worten von Professor Leonpacher-Wandern über die katholische Bewegung in Deutschland schloß sich eine lebhafte Aussprache an.

In seiner Eröffnungsrede erklärte der erste Präsident der katholischen Bewegung in Deutschland, daß das deutsche Volk gedrückt und gedemütigt ist und es, niemals eine nationale Zusammengehörigkeit und nationale Preisgebung werde. Der Redner appellierte an die katholischen Amerikaner, Belgiern, Engländern, an die Katholiken der ganzen Welt, die sich nach zum Namen Christi bekennen und bekennen zu helfen, eingebend zu sein den katholischen Glaubens, den christlichen Namens und des Erbden eines Volkes von 60 Millionen zu verhüllen. Besonders wandte sich Dr. Adenauer an die Katholiken Frankreichs, die er aufforderte, gemeinsam einen Weg zu gehen der beiden Ländern helfe. Die Katholiken Deutschlands, die der Redner, die alte Einheit wiederherzustellen und sich wieder der alten heiligen Fährne der habingegangenen großen Kirche zu sammeln. Für die Erhaltung der christlichen Kirche in den christlichen Dingen hält es Dr. Adenauer für notwendig, bei den Nicht-Katholiken, von denen sich die Katholiken trennen ferngehalten haben, Bundesgenossen zu suchen und mit ihnen Hand in Hand zu gehen. Ferner begründete er die Wichtigkeit der katholischen Kirche aufzuführen und die internationalen Beziehungen der Katholiken zur Wahrung der christlichen Grundzüge herbeizuführen sowie alle Beziehungen des Papstes zur Ordnung der Welt der Völker nach Recht und Gerechtigkeit zu unterstützen. Mit einem Zeugnis für den Papst schloß der erste

